



Bundesvertretung Akademischer Mittelbau



Berlin, 24. April 2008

Hochschulallianz verlangt Haushaltsumschichtung zugunsten von Bildung und Wissenschaft

Was ist Bildung Staat und Gesellschaft in Deutschland wert?

Die Hochschulallianz fordert eine Umstellung der Haushalts-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zugunsten von Bildung und Wissenschaft. „Wir, die unmittelbar Betroffenen, wollen nicht länger mit wohlfeilen Bekenntnissen und Sonntagsreden, in denen versichert wird, wie wichtig Bildung und Wissenschaft für die Zukunft Deutschlands seien, vertröstet werden. Wir wollen endlich die Umsetzung dieser Erkenntnis sehen“, erklärten die Sprecher der Hochschulallianz auf einer Pressekonferenz in Berlin. Adressaten dieser Forderungen seien in erster Linie nicht die Bildungs- und Wissenschaftspolitiker, sondern die Bundeskanzlerin, die Ministerpräsidenten und die Finanzminister im Bund und in den Ländern.

Die Hochschulallianz hält die Zeit für gekommen, endlich in eine leidenschaftliche Prioritätendebatte über die Staatsausgaben einzutreten: Ist der Zustand unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems wichtiger als Investitionen für den Straßenbau, Milliardenausgaben für Rüstungsgüter, Subventionen für Steinkohle, Photovoltaik oder andere konkurrierende Aufgaben, für die Steuergeld aufgewandt werden? Die Hochschulallianz fordert, darüber offen zu diskutieren, und plädiert für eine neue Prioritätensetzung: „Bildung und Wissenschaft müssen heute Vorrang haben, wenn wir morgen noch wettbewerbsfähig sein wollen“, erklärte die Hochschulallianz. Unerträglich überfüllte Hörsäle, baufällige Seminare und mangelhaft ausgestattete Labore und Bibliotheken dürfen nicht länger zum Hochschulalltag gehören.“

Um Europa zur dynamischsten Weltregion werden zu lassen, hatten die europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon beschlossen, bis zum Jahr 2010 die jährlichen Ausgaben für Forschung jedes EU-Mitgliedsstaats auf mindestens drei Prozent ihres Bruttoauslandsprodukts zu steigern. Davon ist die einst führende Wissenschaftsnation Deutschland mit derzeit rund 2,5 Prozent meilenweit entfernt.

Derzeit kämen an Hochschulen im Durchschnitt 52 Studierende auf einen Hochschullehrer, in den Geistes- und Sozialwissenschaften bis zu 170. „Das sind Verhältnisse, die zu Lasten der Ausbildungsqualität gehen“, so die Hochschulallianz.

Deutschland investiere in die Hochschullehre zu wenig. Mit 7.100 Dollar (4.500 €) pro Student werde das OECD-Mittel von 7.700 Dollar (4.880 €) erheblich unterschritten. An der chronischen Misere würden der unterfinanzierte Hochschulpakt und die allein auf die Forschung ausgerichtete Exzellenzinitiative kaum etwas ändern. Die Aufgaben, die den Hochschulen übertragen würden, stünden in krassem Gegensatz zu den Finanzen, die ihnen

zur Durchführung zugewiesen würden. Der doppelte Abiturjahrgang (G 8), eine strukturelle Mehrbelastung von ca. 20 Prozent durch die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge und das Ziel, 40 Prozent eines Abiturjahrgangs zum Studium zu führen, überfordere die Hochschulen. Das Ergebnis seien in die Autonomie der eigenen Mittelkürzung entlassene Hochschulen, hochqualifizierte Professoren, die keine Zeit mehr zur Forschung hätten, Nachwuchswissenschaftler, denen in Deutschland vielfach keine Perspektive geboten werden könne, Doktoranden, die in erheblichem Maße in der Lehre eingesetzt würden, sowie Studierende, denen die zum Erwerb einer Berufsqualifikation notwendigen Ressourcen vorenthalten würden.

Der Hochschulallianz gehören an:

- der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG)
- der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)
- das Deutsche Studentenwerk (DSW)
- Thesis – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte e.V.
- die Bundesvertretung Akademischer Mittelbau (BAM)
- der Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw)
- der Hochschullehrerbund (hlb)
- der Förderverein Juniorprofessur e.V.
- der Deutsche Hochschulverband (DHV)